

Antrag 58/I/2026

UBV HVL

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Konsens)

Bundesverantwortung konsequent einfordern – Konnexität im Bundesstaat durchsetzen

1 Die SPD Brandenburg fordert den
2 Bund auf, das verfassungsrechtli-
3 che Prinzip der Aufgaben- und Fi-
4 nanzierungsverantwortung kon-
5 sequent einzuhalten.
6 Bundesgesetzliche Aufgaben-
7 erweiterungen dürfen nicht
8 zu strukturellen Belastungen
9 der Länder und mittelbar der
10 Kommunen führen.
11 Die föderale Finanzordnung des
12 Grundgesetzes ist verbindlich
13 umzusetzen.

14

15 **Begründung**

16 Die föderale Finanzverfassung
17 dient der Klarheit von Verant-
18 wortung und demokratischer
19 Rechenschaft.
20 Wenn der Bund politische Pro-
21 gramme beschließt, deren Voll-
22 zug bei Ländern und Kommunen
23 liegt, ohne die realen Kosten dau-
24 erhaft zu tragen, entsteht eine
25 strukturelle Finanzverschiebung.
26 Diese unterläuft:

27 • die Eigenstaatlichkeit der

28 Länder
29 • die kommunale Selbstver-
30 waltungsgarantie
31 • die Haushaltsautonomie
32 der Landesparlamente
33 Brandenburg trägt erhebliche fi-
34 nanzielle Lasten aus bundesge-
35 setzlichen Vorgaben – insbeson-
36 dere im Bereich Migration, Sozi-
37 alleistungen und Ganztagsförde-
38 rung.
39 Ohne verlässliche, dynamische
40 Refinanzierung droht eine dau-
41 erhafte Erosion landespolitischer
42 Gestaltungsspielräume.
43 Föderale Fairness verlangt:
44 Klare Aufgaben – klare Finanzie-
45 rung – klare Verantwortung.
46 Das ist keine politische Gefäl-
47 ligkeit, sondern eine verfas-
48 sungsrechtliche Verpflichtung
49 und sichert die demokratische
50 Handlungsfähigkeit von Land
51 und Kommunen.